Beschlussvorlage

384/99-04/BV-SR/1

Amt: Bauamt

Erstellungsdatum: 26.02.2009

Betreff:

Energiekosteneinsparung, Straßenbeleuchtung

Status: öffentlich

Beratungsfolge:		Abstimmung			
Sitzungsdatum	Gremium	Ja	Nein	Enthaltung	Mitwirkungsverbot gem. § 31 GO LSA
23.02.2009	Bau- und Vergabeausschuss				
12.03.2009	Hauptausschuss				
26.03.2009	Stadtrat der Stadt Genthin				

Ergebnis der Abstimmung: **beschlossen** **abgelehnt**

Beschluss:

Der Stadtrat der Stadt Genthin beschließt

die Aufhebung der bisherigen Sicherungsabschaltungen der Straßenbeleuchtung.

Durch den Bau- und Vergabeausschuss sind Einzelfallentscheidungen für den Erhalt des Abschaltumfanges, in wenig genutzten Straßenabschnitten (bezogen auf den Fußgänger und Radfahrerverkehr) zu treffen.

Sichtvermerk/Datum:	Turian		Bernicke
	26.02.2009	Amtsleiter/in	Bürgermeister

Sachverhalt:

Mit Datum vom 20.11.2003 hat der Stadtrat beschlossen, Sicherungsabschaltungen von Straßenbeleuchtungen in einem bestimmten Umfang, als Probelauf ab dem Jahr 2004 vorzunehmen.

Ausgangspunkt waren damals die Kosteneinsparungen im Rahmen des Haushaltskonsolidierungsprogrammes des städtischen Haushaltes.

Im Ergebnis dessen wurden ca. 1/3 des gesamten Leuchtenbestandes ausgeschaltet.

Aus dem Kostenvergleich zwischen den Haushaltsjahren 2004/2005 ist zu entnehmen, dass ca. 35 % der Kosten eingespart werden konnten und dies entspricht einem damaligen Kostenanteil von ca. 47.000,00 €.

Aus der Bevölkerung ergaben sich immer wieder Ansprüche zur Aufschaltung der Straßenbeleuchtung, so dass nunmehr eine politische Entscheidung dahingehend zu treffen ist, ob die finanziellen Vorteile den Bedürfnissen aus der Bevölkerung entgegen zu setzen sind.

Zusammengefasst sind nachfolgende Argumente gegen die finanziellen Belange und für die Aufschaltung der Straßenbeleuchtung abzuwägen:

- Steigerung des Sicherheitsbedürfnisses der Bürger
- Anliegerbeitragsgerechtigkeit (Mitfinanzierung der Anlieger vor der Abschaltung)
- Gleichbehandlung mit den Ortsteilen auch in den Fällen der zukünftigen Eingemeindungen
- Verbesserte Verkehrssicherheit (Wechsel zw. Hell und Dunkel)
- Nutzung von technischen Möglichkeiten zur Stromeinsparung und gleichzeitigem Beitrag zum Umweltschutz

Mit der Legitimation des Stadtrates sollte sich der Bau- und Vergabeausschuss zu den tatsächlichen Aufschaltungen verständigen, da eine Trennung zwischen Anlieger- und Haupterschließungsstraßen nicht mehr angemessen ist. Letztendlich entscheidend sollte der Nutzungsanspruch des Fußgänger -und Radfahrerverkehrs sein.

In wenig beanspruchten Straßenabschnitten erscheint eine Beibehaltung der derzeitigen Abschaltungen von Vorteil. Dies sollte eine Einzelfallbewertung überlassen bleiben. (z.B. Ortsumgehung u.ä.)

Der Bau- und Vergabeausschuss hat den Sachverhalt in seiner Sitzung am 23.02.2009 grundsätzlich beraten und befürwortet und zur Bewertung in die Fraktionen empfohlen.

Rechtsgrundlage:

Anlagen: